
Presseinformation Nr. 1395

30. November 2007

OTTO:

**Hauptstadtvertrag ohne Beteiligung des Bundestages
verfassungswidrig**

BERLIN. Anlässlich der Einigung von Bund und Senat über den Hauptstadtvertrag erklärt der Kulturpolitiker der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:

Gemäß Artikel 22 des Grundgesetzes muss die konkrete Ausgestaltung der Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt durch ein Bundesgesetz erfolgen. Der Hauptstadtvertrag mit einem Volumen von mehreren hundert Millionen Euro, der heute im Kanzleramt unterzeichnet wird und der die Hauptstadtförderung langfristig regeln soll, muss daher zwingend im Rahmen eines Gesetzes geregelt werden. Ansonsten wäre er schlichtweg verfassungswidrig.

Noch 2003 hatte Bernd Neumann in einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert, dass die Hauptstadtkulturfinanzierung unter Beteiligung der Parlamente in einem Staatsvertrag zwischen Bund und Berlin vereinbart werden müsse. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Forderung vier Jahre später nicht mehr gelten soll.

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat zudem mit dem Verhandlungsergebnis eine große Chance vertan. Mit dem großzügigen Angebot des Bundes, die Sanierung der Staatsoper mit 200 Millionen Euro zu einem ganz wesentlichen Teil zu finanzieren, hatte er das nötige Druckmittel in der Hand, um eine umfassende Neuverhandlung des Hauptstadtkulturvertrages zu erreichen. Bernd Neumann hätte aus dieser exzellenten Verhandlungsposition heraus die Chance gehabt, eine systematische und an klaren Kriterien orientierte Neukonzeption der Hauptstadtkulturförderung durchzusetzen. Er hätte beim Hauptstadtkulturfonds eine Strukturreform erreichen können, die durch die Einbeziehung von Parlamentariern in das Entscheidungsgremium für eine notwendige größere Transparenz bei den Förderentscheidungen gesorgt hätte.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de